

Gutes Klima hat seinen Preis

Wer muss wie viel CO₂ sparen, um den Klimawandel zu bremsen? Darüber streiten Industrie- und Entwicklungsländer erbittert

VON UNSEREM MITARBEITER
CHRISTIAN MIHATSCH

BONN. Die Verhandlungen über ein neues Welt-Klimaabkommen kommen nicht vom Fleck. Eine Lösung könnte die Zuteilung von Verschmutzungsrechten auf die Länder gemäß ihrer Bevölkerungszahl sein. Das halten viele Experten für gerecht, aber politisch nur schwer durchsetzbar.

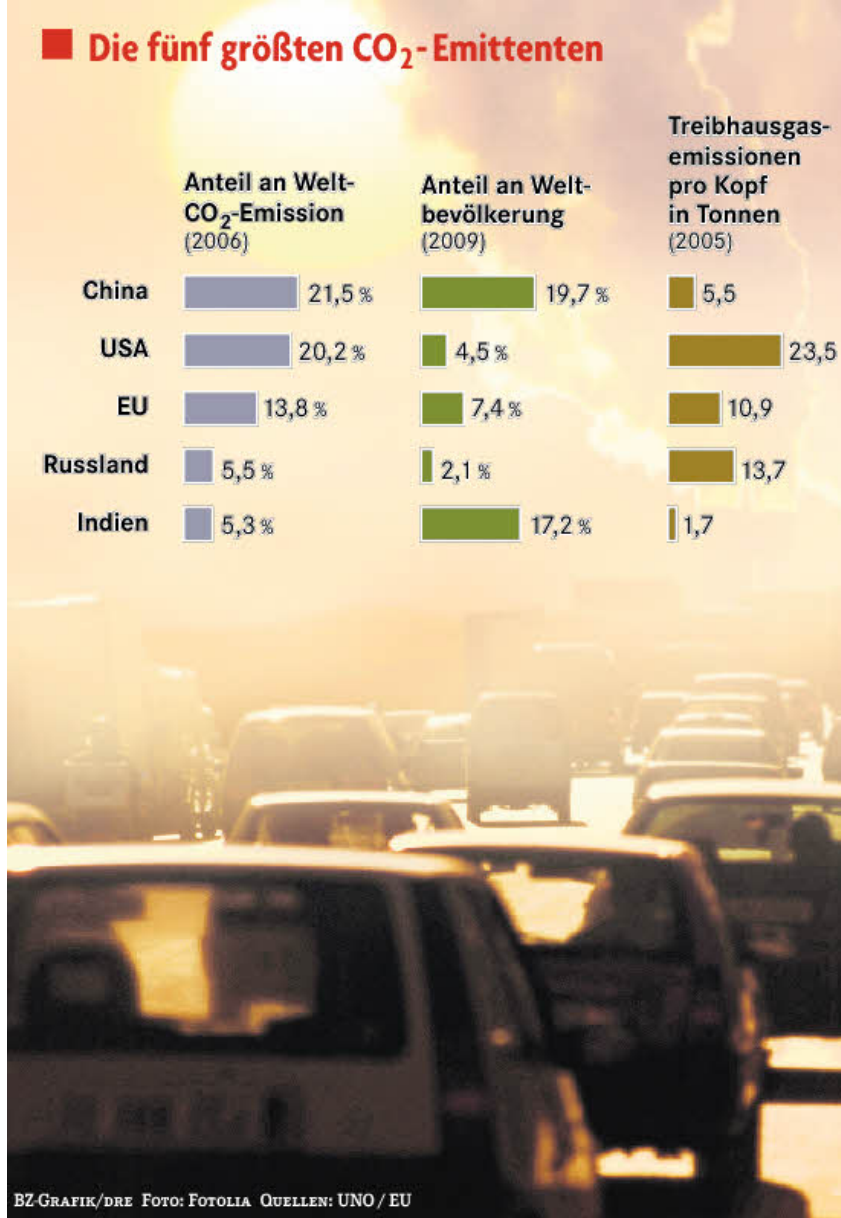
Wenn es bei einem Kindergeburtstag Kuchen gibt, sollte man tunlichst darauf achten, dass die Stücke gleich groß sind. Sonst fühlen sich die Kinder, die ein kleineres Stück bekommen, ungerecht behandelt. Beim Klima ist es ähnlich: Jeder Mensch hat das gleiche Anrecht, die Atmosphäre mit dem klimaschädigenden Kohlendioxid (CO₂) zu belasten. Wenn einmal festgelegt ist, wie viel CO₂ in einem Jahr weltweit emittiert werden darf, kann man den Ländern entsprechend ihrer Bevölkerungszahl Emissionsrechte zuteilen. China und Indien bekämen in diesem Fall deutlich mehr Emissionsrechte als die USA oder die EU – schlicht weil ihre Bevölkerung deutlich größer ist.

Bei den Klimaverhandlungen kommt aber bislang ein anderes System der Zuteilung von Verschmutzungsrechten zum Zug: das sogenannte Grandfathering. Hier werden die Emissionsrechte gemäß den CO₂-Emissionen in der Vergangenheit auf die Länder verteilt. Wer schon früher viel CO₂ produziert hat, darf auch in Zukunft mehr davon emittieren. Das klimaschädigende Verhalten der Vergangenheit wird so belohnt.

Der Streit über die richtige Rechnung lähmt die Verhandlungen

Das Grandfathering stößt auf Widerspruch. Insbesondere Indien fühlt sich ungerecht behandelt. „In Indien hat die Hälfte der Landbevölkerung weder Strom noch Gas. Dieses Land als einen großen CO₂-Emittenten zu bezeichnen, ist daher absurd“, sagt der indische Klima-Chefunterhändler. Und tatsächlich: Gemessen an den Emissionen pro Kopf rangiert Indien weltweit auf dem 139. Platz. Die Regierung in Delhi lehnt deshalb auch verbindliche Emissionsgrenzen vehement ab.

Wie kommt es, dass die Klimaverhandlungen dennoch weitgehend auf dem Grandfathering-Ansatz beruhen? Dies hat zwei Gründe. Würden die Verschmutzungsrechte gemäß der Bevölkerung auf



die Länder verteilt, hätten erstens die USA viel zu wenige und Indien viel zu viele Emissionsrechte. Die Amerikaner – und auch die Europäer – müssten den Indern dann Rechte abkaufen. Je nach Preis der Verschmutzungsrechte müssten Washington und Brüssel dann Jahr für Jahr Milliarden an ärmere Länder mit niedrigeren Emissionen überweisen. Die USA haben zweitens heute die höchsten Pro-Kopf-Emissionen der großen Länder. Das heißt, die Amerikaner müssten ihre Emissionen stärker als alle anderen senken. Betrachtet man die Schwierigkeiten der Obama-Regierung, ihr in den Augen vieler Beobachter wenig ambitioniertes Kli-

magesetz durch die beiden Kammern des Parlaments zu bringen, erscheint ein sehr viel ambitionierteres Gesetz derzeit politisch nicht durchsetzbar zu sein.

Dennoch mehren sich die Stimmen, die eine Pro-Kopf-Zuteilung der Emissionsrechte fordern. Dies liegt daran, dass die Klimaverhandlungen festgefahren sind. Während die Industriestaaten verbindliche Emissionsgrenzen für alle Länder durchsetzen wollen, lehnen die Entwicklungsländer genau dies ab. In dieser Situation könnte die Pro-Kopf-Zuteilung ein Ausweg sein. Wenn die Zuteilung der Emissionsrechte von den Entwicklungsländern als gerecht empfunden wird,

dann sind sie auch eher bereit, Emissionsgrenzen zu akzeptieren, so die Hoffnung. Am klarsten brachte dies der ehemalige Vize-Premierminister von Großbritannien und Klimaaktivist John Prescott in einem Gespräch mit der Zeitung *The Guardian* auf den Punkt: „Damit ein (neues) Klimaabkommen funktioniert, muss es ein Element von Gleichheit und sozialer Gerechtigkeit haben, das den Stand der wirtschaftlichen Entwicklung und der Pro-Kopf-Emissionen reflektiert.“ Prescott war maßgeblich am Erfolg der Kyoto-Verhandlungen beteiligt. „Der Westen hat die Welt vergiftet und Kontinente wie Afrika in Armut gelassen. Nun wird der Westen für saubere Technologien bleichen müssen.“

INFOBOX

KEIN GELD, KEIN FORTSCHRITT

Von Montag bis Freitag haben mehr als 2000 Delegierte in Bonn über ein neues Welt-Klimaabkommen beraten. Einmal mehr wurden nur marginale Fortschritte erzielt, wie ein US-Delegierter feststellte. Was fehlt, ist Geld. Die Entwicklungsländer wollen Geld für die Reduktion ihrer CO₂-Emissionen und die Schäden, die der Klimawandel verursacht. Die Industriestaaten sind grundsätzlich bereit dazu, Geld zur Verfügung zu stellen, doch bislang haben weder die USA noch die EU gesagt, wie viel. „Was mir am meisten Sorgen macht ist, dass noch wenig oder keine Klarheit herrscht, wie die finanziellen Mittel mobilisiert werden, die es den Entwicklungsländern erlauben, sich zu engagieren“, sagte der Leiter der UN-Klimaverhandlungen Yvo de Boer. Doch über Geld wollen die reichen Länder erst beim G-20-Treffen im September im amerikanischen Pittsburgh entscheiden. De Boer geht das alles zu langsam. „Die Verhandlungen müssen sich deutlich beschleunigen, damit die Welt ein erfolgreiches Resultat (bei den finalen Klimaverhandlungen) in Kopenhagen (im Dezember) erzielen kann.“ Ein Lichtblick waren in Bonn dagegen die Gespräche über den Schutz der Tropenwälder. „Hier gibt es sehr viel mehr Konsens als bei anderen Fragen“, meinte Federica Biotta, von der Allianz der Tropenwaldländer.

Christian Mihatsch